

in den Auseinandersetzungen um Groer zu finden, ohne daß es heißt, hier „wird abgewiegelt oder zugedeckt“. Prompt erklärte Bischof Krenn im Fernsehen, er lege sein Veto gegen ein solches Projekt ein, denn es komme allein Rom zu, hier zu untersuchen und zu entscheiden. Damit war vor aller Öffentlichkeit die Spaltung der Bischofskonferenz in dieser Frage klar.

Anfang Mai erfolgte dann eine außerordentliche Bischofskonferenz in St. Georgen am Längsee, in der Weber mit seinen Vorschlägen eines „Weisenrates“ offensichtlich nicht durchkam. Die Pastoralkommission Österreichs wurde statt dessen als „bereits bestehendes Instrument“ beauftragt, konkrete Vorschläge vorzulegen, wie die Kirche in Österreich der gegenwärtigen Situation am besten begegnen soll. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß dieses von allen Diözesen beschickte Gremium imstande sein wird, sich anhand einer so heiklen Materie erfolgreich zu bewähren.

Mittlerweile geht die Eskalation weiter. Schon hat sich in Innsbruck eine Gruppe gefunden, die im Juni ein „Kirchenvolksbegehren“ beginnen möchte. *Thomas Plankensteiner*, Religionslehrer am Akademischen Gymnasium in Innsbruck, ist einer der Wortführer dieser Initiative. Durch möglichst viele Unterschriften soll nicht nur die Forderung nach

stärkerer Mitsprache der Ortskirchen bei Bischofsbestellungen, sondern auch die Abschaffung des Pflichtzölibats und die Zulassung von Frauen zur Priesterweihe unterstützt werden. Gegen diese Belastung eines österreichischen Forderungskatalogs mit mondialen Problemen wandten sich in der Folge Kardinal *Franz König*, die Bischöfe Stecher und Weber, sowie die Präsidentin der Katholischen Aktion Österreichs, *Eva Petrik*.

Diese Auseinandersetzung hat zu allem Überfluß auch politische Arabesken erhalten: Die grüne Parteichefin *Madeleine Petrovic* unterstützte das Kirchenvolksbegehren, um „echte Reformen zu erzwingen“, während der Vorsitzende des Arbeitskreises der Katholiken in der FPÖ, *John Gudenus*, vor schismatischen Ansätzen warnte: „Es ist erstaunlich, wie viele Leute, die schon lange nicht mehr in die Kirche gehen, an der Kirche herumrörgeln. Wenn jemand mit der katholischen Kirche nicht einverstanden ist, kann er ja austreten.“

Wenn Rom nicht rasch und entschieden den „Fall Groer“ endgültig klärt und die Art und Weise der Bischofsnennungen reformiert, könnte sich in Österreich eine weitere Eskalation in der ohnehin schon dramatischen Entwicklung ergeben.

Fritz Csoklich

„Zur Gewissensbildung beitragen“

Ein Gespräch mit Militärgeneralvikar Ernst Niermann

Die Bundeswehr steckt mitten in einer grundlegenden Umstrukturierung und bereitet sich auf mögliche Auslandseinsätze vor. Über die künftige Gestaltung der evangelischen Militärseelsorge soll zwischen Staat und Kirche verhandelt werden. Was bedeuten diese und andere neuere Entwicklungen für die katholische Militärseelsorge? Darüber sprachen wir mit Militärgeneralvikar Ernst Niermann, der Ende Juni nach fünfzehnjähriger Amtszeit in den Ruhestand tritt. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Dr. Niermann, wenn die Militärseelsorge in den letzten Jahren für Schlagzeilen gesorgt hat, handelte es sich durchweg um die evangelische, deren künftige Ausgestaltung strittig ist. Auf katholischer Seite ist es demgegenüber in Sachen Militärseelsorge ruhig geblieben, kam es jedenfalls nicht zu vergleichbaren Auseinandersetzungen. Woran liegt das eigentlich?

Niermann: Der deutsche Katholizismus steht jedenfalls seit Gründung der Bundesrepublik etwas anders zum Staat, zur Demokratie und damit auch zur bewaffneten Macht als bestimmte Strömungen im Protestantismus. Das ist sicher ein erster wichtiger Grund dafür, daß wir im katholischen Bereich nie so heftige Auseinandersetzungen um die Militärseelsorge erlebt haben wie im evangelischen. Massive Anfragen an die Militärseelsorge blieben bei uns

auf ausgesprochen pazifistisch orientierte Gruppen beschränkt. Dazu kommt ein weiterer Faktor: In der Diskussion um die Gestaltung der evangelischen Militärseelsorge geht es vor allem um die Forderung, die Militärseelsorge stärker kirchlich einzubinden. In dieser Beziehung ist auf katholischer Seite in der zweiten Phase der Ausgestaltung der Militärseelsorge in den späten sechziger und siebziger Jahren viel geschehen. Damals hat die katholische Militärseelsorge sehr entschlossen die Umsetzung des Zweiten Vatikanums angepackt, etwa bei der Mitverantwortung des Gottesvolkes für die Sendung der Kirche. Das geschah im Gleichschritt mit der Entwicklung in den deutschen Bistümern.

HK: War das die einzige Auswirkung des Konzils für die Militärseelsorge?

Niermann: Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, daß sich die katholische Militärseelsorge sehr entschlossen hinter das Kapitel V der Pastoralconstitution des Konzils über den Aufbau der Völkergemeinschaft und die Förderung des Friedens gestellt hat. Die Rezeption der Pastoralconstitution mit ihren gegenüber der katholischen Tradition neuen Aussagen über den Dienst der Soldaten hat bewirkt, daß die katholische Militärseelsorge in einer großen Nähe zur theologischen und friedensethischen Reflexion und der entsprechenden Praxis in der Kirche geblieben ist.

„Wir ziehen jetzt erste Konsequenzen aus dem Umbau der Bundeswehr“

HK: Auch wenn die stärkere kirchliche Einbindung für die katholische Militärseelsorge aus den genannten Gründen kein Thema ist, arbeitet sie doch nicht auf einer Insel der Seligen, sondern auf einem gerade derzeit ziemlich schwierigen Terrain. Man braucht doch nur an die Strukturreform und die neuen Aufgaben der Bundeswehr zu denken...

Niermann: Wir sind im Augenblick dabei, erste Konsequenzen aus dem Umbau der Bundeswehr zu ziehen. Dabei stellt sich die Frage, wieweit die katholische Militärseelsorge unter den Bedingungen dieser massiven Veränderungen ihr ursprüngliches pastorales Konzept aufrechterhalten, also weiterhin die drei kirchlichen Grunddienste Verkündigung, Liturgie und Diakonie für ihren Bereich leisten kann. Dazu kommt, daß wir unter Personalmangel leiden, als Folge des allgemeinen Priestermangels in den Diözesen und Ordensgemeinschaften. Die Nähe zu den Soldaten wird geringer, wenn weniger Pfarrer zur Verfügung stehen und diese Pfarrer jetzt gleichzeitig eine um ein Drittel territorial vergrößerte Bundesrepublik betreuen müssen.

HK: Inwieweit machen sich die derzeitigen innerkirchlichen Spannungen und Konflikte auch in der Militärseelsorge bemerkbar?

Niermann: Derzeit gibt es ca. 90 Militargeistliche, die aus 27 Bistümern und etlichen Ordensgesellschaften stammen. In einer Zeit zunehmender innerkirchlicher Pluralisierung und teilweise sogar Polarisierung ist es schwieriger geworden als früher, Verständigung und Übereinstimmung im Presbyterium des Militärbischofs zu erreichen und zu erhalten. Hier möchten wir etwas gegensteuern. 1973 hat der damalige Militärbischof, der spätere Kardinal Hengsbach, einen Text unter dem Titel „Hilfen für den Pastoralen Dienst der Militärseelsorger“ herausgegeben. In den vergangenen zwei Jahren haben wir ihn im Militärbischofsamt neu bearbeitet. Wir werden ihn jetzt als Entwurf unseren Militargeistlichen in die Hand geben mit der Bitte, den Entwurf bei ihren Zusammenkünften zu studieren und uns Vorschläge dazu zu machen. Danach wird der Text unserem Militärbischof zur endgültigen Genehmigung vorgelegt werden. Die Mitwirkung der Militargeistlichen soll dazu beitragen, Übereinstimmung

über die pastoralen Ziele der Militärseelsorge grundzulegen und zu festigen.

HK: A propos Konsensbildung: Im Zusammenhang mit dem UNO-Einsatz der Bundeswehr in Somalia hat sich ein katholischer Militärpfarrer geweigert, seine Einheit nach Somalia zu begleiten, weil er diesen Einsatz mit seinem Gewissen nicht vereinbaren konnte. Ist das ein Vorbote künftiger Polarisierungen und Verständigungsprobleme in der katholischen Militärseelsorge angesichts möglicher Auslandseinsätze der Bundeswehr?

Niermann: Pfarrer Schumacher, auf den Sie anspielen, hat die Militärseelsorge ohne Streit verlassen. Sein Problem bestand im übrigen nicht darin, ob er selbst nach Somalia mitgehen sollte oder nicht. Er hatte vielmehr Zweifel daran, ob angesichts einer seinerzeit ja noch nicht formell geklärten Verfassungslage Soldaten in einen Auslandseinsatz geschickt werden dürfen und ob die Militärseelsorge in einer solchen verfassungsrechtlichen und politischen Situation Soldaten bei diesem Einsatz begleiten darf. Das alles hat sich vor zwei Jahren abgespielt; inzwischen sind die Dinge verfassungsrechtlich bekanntlich geklärt.

HK: Sind damit auch für die Militärseelsorge die Probleme schon erledigt?

Niermann: Das sicher nicht. Unsere Pfarrer fragen sich durchaus, was aus der Militärseelsorge angesichts der Anforderungen durch die Begleitung von Soldaten bei Auslandseinsätzen wird. Die Art und Weise, wie der Militärpfarrer in der Truppe präsent ist, ändert sich nicht erst bei der Begleitung von Soldaten ins Ausland, sondern schon bei den Truppenverbänden, die sich auf solche Einsätze vorbereiten. Die herkömmliche „Standortseelsorge“ wird unter diesen Bedingungen anders; gefragt ist vielmehr ein Pfarrer, der die Soldaten auf ihren vielen Übungen draußen begleitet, Einzelgespräche führt und ihnen bei schwierigen Situationen zur Seite steht. Insgesamt ist eine Entwicklung im Gang, die die bisherige Einheitlichkeit bei der Realisierung von Militärseelsorge ein Stück weit verändert. Gerade deshalb müssen wir darauf achten, daß die Übereinstimmung im Wesentlichen erhalten bleibt und nicht unter dem Zwang der Verhältnisse die Akzente verschoben werden. Seelsorge muß für die Militärseelsorge das bleiben, was sie auch in den Bistümern und Pfarreien ist.

HK: Bisher sind die Auslandseinsätze der Bundeswehr glimpflich ausgefallen. Das könnte sich in absehbarer Zeit ändern, vor allem dann, wenn es zu Kampfeinsätzen deutscher Soldaten käme. Entstehen auf diesem Hintergrund nicht neue Herausforderungen für die Militärseelsorge bei der ethischen Begleitung von Soldaten, die unter Umständen töten müssen und mit dem eigenen Tod konfrontiert werden?

Niermann: Hier geht es nicht nur um ein spezielles Problem der Militärseelsorge. Vielmehr müßte es im deutschen Katholizismus insgesamt eine verstärkte Diskussion und ethische Reflexion zu Fragen der Friedenssicherung unter den

veränderten internationalen Verhältnissen geben, bevor konkrete politische Entscheidungen etwa über konkrete Kampfeinsätze der Bundeswehr getroffen werden. Man kann den Gang der Dinge nicht dadurch ernsthaft beeinflussen, daß man erst nach einer politischen Entscheidung Bedenken anmeldet. Der entsprechende Diskussionsprozeß muß deshalb jetzt stattfinden. Für die Militärseelsorge gilt das, was unser Militärbischof, Erzbischof Dyba, Ende 1993 in einem Vortrag formuliert hat: Die Begleitung von Bundeswehreinheiten durch die Militärseelsorge setzt voraus, daß solche Einsätze nach den Kriterien der kirchlichen Friedenslehre vertretbar sind. Das setzt aber voraus, daß diese Friedenslehre aktualisiert wird, etwa durch die Klärung der Frage, unter welchen Bedingungen es so etwas wie eine „gerechte Intervention“ geben kann.

„Der friedensethische Diskussionsprozeß muß jetzt stattfinden“

HK: Die Bundeswehr wird derzeit in Hauptverteidigungskräfte einerseits und Krisenreaktionskräfte umstrukturiert. An der allgemeinen Wehrpflicht wird einstweilen festgehalten, aber ihre Zukunft ist einigermaßen unsicher. Besteht nicht die Gefahr, daß die Militärseelsorge im Zuge einer stärkeren Professionalisierung der Bundeswehr zu einem Spezialunternehmen wird, dessen kirchliche Einbindung leidet?

Niermann: Die Aufteilung in Hauptverteidigungskräfte und Krisenreaktionskräfte entspricht einem Beschluß der Nato. In Deutschland muß man im Blick auf diese Umstrukturierung sehr darauf achten, daß die Aufgabe der Landesverteidigung theoretisch und motivational im Zusammenhang mit dem Auftrag gesehen wird, kämpfen zu können und zur Hilfe im Ausland bereit zu sein. Hier geschieht derzeit noch zu wenig, so daß die Gefahr besteht, daß die beiden Aspekte des Auftrags der Streitkräfte zu sehr auseinandergehen. Wir wollen jedenfalls keine Aufteilung der Militärpfarrer in Standortpfarrer für die Hauptverteidigungskräfte einerseits und mobile Spezialpfarrer für Krisenreaktionskräfte andererseits. Die Begleitung der Truppe auf Übungen und Einsätzen ist ein fester Bestandteil der Seelsorge an Soldaten, der grundsätzlich alle Militärpfarrer betrifft.

HK: Inwieweit spürt die Militärseelsorge, spüren vor allem die Pfarrer „vor Ort“ die Probleme, die sich für die Soldaten aus der Verkleinerung und Umstrukturierung der Bundeswehr ergeben? Dienen die Militärpfarrer ein Stück weit als Blitzableiter für Frustration und Unzufriedenheit?

Niermann: Durchaus. Allerdings haben sich Ratlosigkeit und Unmut in der Truppe inzwischen etwas gelegt, nachdem bei der Umstrukturierung das Größte überstanden ist und die entsprechenden Maßnahmen im Gang sind. Die Militärpfarrer haben bei den massiven Veränderungen der letzten Jahre in der Bundeswehr vor allem die Probleme der Soldatenfamilien erfahren. Reduzierung, Neustationierung usw.

betreffen ja häufig die Familien der Berufs- und Zeitsoldaten. Im übrigen bedeutet die Umstrukturierung und Reduzierung ja auch eine beträchtliche Erschwerung für die Arbeit der Militärseelsorge: In der alten Bundesrepublik hatten wir früher fast 140 Seelsorgebezirke, nach dem Abschluß der jetzt laufenden Strukturreform werden es im Jahr 2000 in ganz Deutschland noch 80 bis 90 Seelsorgebezirke sein. Viele Standorte wurden belassen, aber mit verringerter Anzahl an Soldaten. Deshalb werden wir in Zukunft verstärkt nebenamtliche Standortpfarrer einsetzen müssen, wozu uns die bisherigen Erfahrungen in den neuen Bundesländern mit nebenamtlichen Pfarrern durchaus ermutigen.

HK: In den neuen Bundesländern muß die katholische Militärseelsorge mit einem völlig fremden Umfeld zurechtkommen. Nur ein Bruchteil der Soldaten gehört der Kirche an, Prägungen aus der kommunistischen Zeit wirken noch nach. Was läßt sich fünf Jahre nach der Wiedervereinigung über Akzeptanz und Probleme der Militärseelsorge in den neuen Ländern sagen?

Niermann: Von den Wehrpflichtigen aus den neuen Bundesländern sind etwa 3 Prozent katholisch, 11 bis 12 Prozent evangelisch. Wenn die jungen Soldaten aus der früheren DDR zum ersten Mal mit einem Militärpfarrer zusammenkommen, kommen sie ins Staunen, und zwar aus einem anderen Grund als ihre Altersgenossen aus den alten Bundesländern. Diese staunen darüber, daß es nicht nur in ihrem Wohnort einen Pfarrer gibt, sondern auch in der Kaserne; die ostdeutschen Wehrpflichtigen staunen, weil sie meist gar nicht wissen, was ein Pfarrer ist. Es kommt dann darauf an, daß sich Pfarrer und junge Soldaten einmal zusammensetzen, um diese erste Verwunderung aufzuarbeiten.

HK: Und was kommt im Regelfall dabei heraus? Gelingt es da und dort, die Unkenntnis zumindest in Interesse zu verwandeln?

Niermann: Nicht wenige der jungen Soldaten betrachten Kirche als eine Institution, die in sozialen Notsituationen hilfreich sein könnte, und der Pfarrer erhält auf diesem Hintergrund einen gewissen Vertrauensvorschuß als aufrichtige und hilfsbereite Person. Wenn es dem Pfarrer gelingt, einen ersten Kontakt herzustellen, kommt im Schnitt etwa die Hälfte der Soldaten zum lebenskundlichen Unterricht. Ein Teil dieser jungen Leute ist bereit, sich informieren zu lassen, vielleicht auch einmal zum Gottesdienst mitzugehen, die Dinge zumindest mit einer gewissen skeptischen Distanz zu betrachten. In Einzelfällen kommt es auch zu einer gewissen Annäherung an die Kirche. Der andere Teil ist nicht bereit, über Kirche und Glauben mit sich reden zu lassen, aus welchen Gründen auch immer.

HK: Welche Erfahrungen macht die Militärseelsorge in den neuen Bundesländern mit Soldaten, die aus der früheren Nationalen Volksarmee in die Bundeswehr übernommen wurden?

Niermann: Auch hier gibt es in einzelnen Fällen Neugier

oder sogar Annäherung. Beim Gros der ehemaligen NVA-Angehörigen in der Bundeswehr scheint sich aber die bisherige Biographie, in der Religion und Kirche nicht vorkamen, auch unter den neuen Verhältnissen, bei einem gewandelten Berufsverständnis und veränderten Pflichten als Vorgesetzter bruchlos fortzusetzen. Sie berufen sich heute auf das Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit, um sich die Berührung mit Kirche und Religion vom Leib zu halten. Die allermeisten dieser Vorgesetzten bemühen sich allerdings durchaus um ein korrektes, der Rechtslage entsprechendes Verhältnis zur Militärseelsorge.

„Die Bundeswehr ist religiös-kirchlich ein Spiegel der Gesellschaft“

HK: Natürlich ist der Anteil der Kirchenmitglieder unter den Soldaten aus Westdeutschland um ein Mehrfaches höher als bei denen aus den neuen Bundesländern. Aber in Westdeutschland hat in den letzten 25 Jahren die allgemeine Entkirchlichung deutlich zugenommen, wie alle einschlägigen Untersuchungen und Beobachtungen zeigen. Spürt man die fortschreitende Säkularisierung auch bei der Klientel der Militärseelsorge bzw. erwachsen ihr dadurch neue Akzeptanzprobleme?

Niermann: Die Bundeswehr ist zweifellos auch in religiös-kirchlicher Hinsicht ein Spiegel der Gesellschaft. Von den Soldaten kommen nicht mehr und nicht weniger in den Gottesdienst als in durchschnittlichen Pfarrgemeinden. Die Vorstellung, man könne eine ganze Gruppe von Soldaten geschlossen in die Kirche führen, ist Erinnerung an eine Vergangenheit, von der ich noch nicht einmal weiß, ob sie wirklich eine gute war. Gegenwärtig zeichnet sich eine Entwicklung ab: Zum einen ist für viele junge Soldaten und auch jüngere Vorgesetzte nicht mehr ohne weiteres selbstverständlich und plausibel, daß Kirche an ihrem Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit der Kaserne, in ihrem beruflichen Alltag präsent ist. Sie ordnen Kirche aus ihrer eigenen Erfahrung eindeutig dem privaten Raum zu. Das Konzept der Militärseelsorge sieht aber gerade so aus, daß sie den Raum der Öffentlichkeit, des beruflichen Alltags der Soldaten sucht. Es wird deshalb schwieriger, dieses Konzept angesichts der genannten Mentalitätsverschiebung durchzuhalten und zu begründen.

HK: Wo sehen Sie weitere Erschwernisse bzw. neue Herausforderungen für die Militärseelsorge angesichts der veränderten religiös-kirchlichen Situation?

Niermann: Eine Herausforderung für die Militärfarrer ergibt sich schon daraus, daß viele Rekruten aus den neuen Bundesländern ihren Grundwehrdienst in westdeutschen Standorten ableisten, oft in traditionell katholischen Gebieten mit volkskirchlicher Prägung wie etwa in Oberbayern. Die Pfarrer haben dann gleichzeitig Soldaten aus volkskirchlichen Verhältnissen vor sich und Soldaten, die mit Religion und Kirche überhaupt nichts anfangen können. Ich habe den

Eindruck, daß diese „Durchmischung“ in den betreffenden Verbänden das Klima gegenüber Glaube und Kirche und damit auch den Stellenwert und die Akzeptanz der Militärseelsorge verändern.

HK: Das ist dann aber kein gutes Omen für die weitere Entwicklung. Könnte es in absehbarer Zeit so weit kommen, daß die Militärseelsorge unbeschadet ihrer staatskirchenrechtlichen Absicherung doch von ihren Adressaten jedenfalls als Seelsorge zu einem großen Prozentsatz überhaupt nicht mehr gewollt wird und dadurch zunehmend den Boden unter den Füßen verliert?

Niermann: Es gibt auf der einen Seite wachsende Akzeptanzprobleme für die Militärseelsorge gerade aufgrund des Säkularisierungsschubs, der mit dem Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik eingetreten ist und entsprechende Tendenzen im Westen verstärkt hat. Gleichzeitig ist aber auch eine in gewissem Sinn gegenläufige Bewegung zu beobachten: Die Soldaten pochen ungeachtet ihrer persönlichen Nähe oder Distanz zur Kirche sehr darauf, daß sie von Militargeistlichen begleitet werden und diese auch zur Betreuung ihrer Familien zur Verfügung stehen. Wir müssen dieses Verlangen als berechtigt anerkennen, aber es reicht letztlich als Grundlage für eine Militärseelsorge, wie sie die Kirche versteht und ausüben möchte, nicht aus. Militärfarrer sind dazu da, das zu tun, was alle Pfarrer in unserem Land ihrem Auftrag gemäß tun sollen. Wenn nur einzelne Sektoren ihrer Tätigkeit akzeptiert werden, nicht aber deren eigentlicher Kern, entsteht eine problematische Schiefelage für die Militärseelsorge.

HK: Wie sieht es mit der Akzeptanz der Militärseelsorge auf den oberen Führungsebenen der Bundeswehr aus? Wird sie dort auch im eben von Ihnen beschriebenen Sinn auf bestimmte Funktionen verkürzt?

Niermann: Meiner Einschätzung nach ist diese Führungsschicht nach wie vor offen für die ganze Breite des pastoralen Auftrags der Militärseelsorge und möchte ihn nicht willentlich oder absichtlich verkürzen. Das gilt sowohl von der politischen Leitung wie von der militärischen Führung der Bundeswehr.

HK: Nun haben Sie aber erst vor kurzem kritisch angemerkt, daß es in der Bundeswehr Probleme mit dem Lebenskundlichen Unterricht gebe. Es werde schwierig, den Unterricht im Dienstplan der Truppe unterzubringen; viele Pfarrer fragten nach der Wertschätzung des Lebenskunde-Unterrichts seitens der militärischen Vorgesetzten...

Niermann: Mit dem Lebenskundlichen Unterricht geschieht derzeit das gleiche wie mit der Politischen Bildung in den Streitkräften. Unter dem Zwang, etwa eine hohe Einsatzbereitschaft erreichen zu müssen, geraten Dinge, die nicht unmittelbar für den Auftrag der Bundeswehr verwertbar sind, sondern zur Förderung der geistigen und sittlichen Kräfte der Soldaten dienen sollen, leicht ins Hintertreffen. Ich halte es aber für entscheidend wichtig, daß die Bundeswehr bei

ihrer eigenen Tradition bleibt: Die Bundeswehr – lesen Sie etwa die Himmeroder Denkschrift von 1951 – wollte einen Soldaten, der weiß, wie Gehorsam und Gewissen einander zuzuordnen sind, der seine persönliche Verantwortung und Selbstbestimmung in Zusammenhang bringen kann mit dem ihm abverlangten Gehorsam. Dieses Bild vom Soldaten sollte auch für die Ausbildung bestimmend sein. Man wollte nicht nur Handwerker, militärische Fachleute heranziehen, sondern auch politisches Nachdenken, ethische Reflexion und die Schärfung individueller Verantwortung einbeziehen. Wenn dieses Leitbild des Soldaten auch unter den neuen Bedingungen durchgehalten werden kann, ist mir um den Lebenskundlichen Unterricht nicht bange.

HK: Inwieweit ist Ihnen um die zukünftige Stellung der Militärseelsorge angesichts der jetzt bevorstehenden Verhandlungen zwischen EKD und Bundesregierung über die künftige Ausgestaltung der evangelischen Militärseelsorge bange? Könnten die Verhandlungen über die evangelische Militärseelsorge nicht schlafende Hunde wecken?

Niermann: Wenn die Ergebnisse von Verhandlungen zwischen EKD und Bundesregierung ins Parlament kommen und dort beraten werden, könnten durchaus kritische Fragen in bezug auf die gesamte Militärseelsorge aufkommen bzw. an Gewicht gewinnen. Allerdings ist es noch längst nicht soweit. Unsere Bischöfe, allen voran der Militärbischof, haben mehrfach klar und deutlich erklärt, daß sich ihrer Meinung nach die bestehende Regelung der katholischen Militärseelsorge bewährt hat und sie deshalb keinen Änderungsbedarf sehen. Sollte sich bei Verhandlungen zwischen EKD und Bundesregierung zeigen, daß Konsequenzen rechtlicher oder struktureller Art für die katholische Militärseelsorge ergeben, gehe ich davon aus, daß der Staat dann auf die Deutsche Bischofskonferenz und den Päpstlichen Nuntius zukommt und sie um eigene Verhandlungen bittet.

„Ich sehe keinen staatskirchenrechtlichen Änderungsbedarf“

HK: Aber die politische Stimmungslage gegenüber der Militärseelsorge in ihrer zwischen Staat und Kirche vereinbarten Gestalt kann doch jetzt schon leiden ...

Niermann: Gewisse negative Folgewirkungen der Diskussion in der evangelischen Kirche über die Militärseelsorge sind tatsächlich nicht zu übersehen. Es ist auch bei katholischen Soldaten ein leichter Stimmungsumschwung zu beobachten. Die Auseinandersetzung innerhalb der evangelischen Kirche wird von den Soldaten weithin nicht als staatskirchenrechtliches oder überhaupt als rechtliches Problem wahrgenommen, sondern als eine Diskussion über die kirchliche Bewertung des Soldatendienstes. Im übrigen: Wenn Freunde, die über Jahrzehnte hinweg auf der Grundlage von Verträgen und Absprachen miteinander kooperiert haben, nun auseinandergehen oder sich auseinander-

entwickeln, führt das zu einer gewissen Verstimmung. Diese wiederum könnte dazu führen, daß man nicht mehr so offen und unbefangen wie bisher miteinander umgeht.

HK: Die Militärseelsorge ist ein in mancher Hinsicht besonders exponiertes und sensibles Element der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der Bundesrepublik, die auf Eigenständigkeit und Kooperation der beiden Partner beruhen. Dieses System wird derzeit von keiner ernstzunehmenden Gruppe in der Gesellschaft grundlegend in Frage gestellt. Das muß aber nicht so bleiben. Wie sehen Sie auf diesem Hintergrund den staatskirchenrechtlichen Status der Militärseelsorge?

Niermann: Rückblickend kann ich nur feststellen, daß die Militärpfarrer ihren Auftrag, zu den Menschen zu gehen, ihnen eine Botschaft auszurichten, mit ihnen Gottesdienst zu feiern und mit ihnen zusammenzusein, unter den gegenwärtig geltenden rechtlichen Bedingungen optimal erfüllen können. Wo es Schwierigkeiten gibt, sind sie in erster Linie bei uns selbst, etwa im Priestermangel zu suchen. Die Menschen, die in der Bundeswehr politische und militärische Verantwortung tragen, orientieren sich an den rechtlichen Regelungen und fühlen sich an das gebunden, was den Kirchen und Religionsgemeinschaften, aber vor allem auch dem einzelnen Soldaten an Rechten hinsichtlich der Religionsausübung zusteht. Ich kann keinen Fall nennen, in denen die Unabhängigkeit kirchlichen Handelns von staatlichen Weisungen von Kommandeuren oder Beamten verletzt worden wäre. Deswegen sehe ich keinen Bedarf an Änderungen bei den staatskirchenrechtlichen Grundlagen der Militärseelsorge; organisatorische Dinge bedürfen natürlich der Fortschreibung, damit die Nähe zum Soldaten auch unter veränderten Umständen gewährleistet wird.

HK: Das setzt aber voraus, daß der staatskirchenrechtliche Rahmen insgesamt stabil bleibt. Wird er durch die wachsende Entkirchlichung nicht doch tendenziell gefährdet?

Niermann: Diese Gefährdung sehe ich durchaus. Es kann auf das Verhältnis von Kirche und Staat nicht ohne jede Wirkung bleiben, wenn der Anteil der nicht oder nicht mehr kirchlich gebundenen Menschen in unserem Land weiter ansteigt. Ich hoffe allerdings, daß es auch in Zukunft gelingt, zu Regelungen zu kommen, die Kirchen und Religionsgemeinschaften nicht einfach auf die Ebene des rein Privaten und damit auch Privatrechtlichen abschieben. Es müßte vielmehr gewährleistet sein, daß die Kirchen auch weiterhin in einem angemessenen Status in der Öffentlichkeit präsent sind und für den Staat Kooperations- und Ansprechpartner bleiben.

HK: Offene Fragen im Zusammenhang mit der Militärseelsorge gibt es nicht nur im Blick auf den Staat, sondern auch auf die Kirche. 1983 erschien das Friedenswort der deutschen Bischöfe, das im deutschen Katholizismus weithin konsensfähig war. Inzwischen muß sich die kirchliche Friedensethik mit einer neuen politischen Konstellation befassen. Welche Rolle kann bzw. sollte dabei die Militärseelsorge spielen?

Niermann: Wir haben uns bisher immer an den Grundsatz gehalten, daß es keine spezielle Friedensethik der Militärseelsorge gibt. Es ist Aufgabe der Militärseelsorger, die Soldaten unverkürzt und verlässlich über die friedensethischen Positionen, Entwicklungen und Tendenzen im deutschen Katholizismus zu informieren und auf der Grundlage kirchlicher Friedenslehre einen Beitrag zur Urteilsfindung und Gewissensbildung derer zu leisten, die ihm als Seelsorger anvertraut sind. Wenn wir vom Soldaten erwarten, daß er sich auch ein ethisches Urteil bildet, muß er wissen, was in seiner Kirche in Sachen Friedenslehre und Friedenspraxis geschieht. Auf diese Weise leisten wir auch einen Beitrag dazu, daß die Militärseelsorge sich nicht von der Gesamtpastoral abkoppelt und zu einem Hort von friedensethischen Sondermeinungen wird, die von der Kirche vielleicht gerade noch toleriert werden können.

HK: Welche Resonanz findet heute die Militärseelsorge, wenn sie friedensethische Positionen und Diskussionen aus dem kirchlich-theologischen Raum den Soldaten nahebringen möchte?

Niermann: Vielleicht ist die Zeit vorbei, in der viele Soldaten sehr wach friedensethische Entwicklungen und Auseinandersetzungen in der katholischen oder evangelischen Kirche verfolgt haben. Die Aufmerksamkeit war in den Jahren besonders groß, in denen auch das Hirtenwort der deutschen Bischöfe entstand. Heute ist eher eine gewisse Sättigung zu beobachten. Die Frage, wie die Kirche zu Auslandseinsätzen steht, wird von Soldaten zwar gestellt, ist aber nicht so beherrschend wie seinerzeit das Thema Nachrüstung bzw. nukleare Abschreckung überhaupt.

HK: Und wie verträgt sich die Militärseelsorge mit den

Gruppen und Strömungen im deutschen Katholizismus, die schon in der Friedensdiskussion der achtziger Jahre von der Mehrheitsmeinung abweichende Positionen vertreten haben und auch derzeit Kritik an der Entwicklung der deutschen Sicherheitspolitik üben?

Niermann: Während meiner ganzen Amtszeit war mir ein wichtiges Anliegen, nie den Kontakt zu denjenigen zu verlieren, die aus Evangelium und kirchlicher Lehre bezüglich der Friedenssicherung und Friedensförderung andere Konsequenzen ziehen als beispielsweise die Militärseelsorge. Die deutschen Bischöfe haben beim ersten Aufkommen innerkirchlicher Auseinandersetzungen um die Friedensfrage Anfang der 70er Jahre einen eigenen Ausschuß „Dienste für den Frieden“ gegründet, in dem die Spitzen aller Organisationen vertreten sind, die sich um die Begleitung junger Menschen in den staatlichen Pflichtdiensten (Wehrdienst, Zivildienst) bemühen und praktisch tätig sind. Ich nenne beispielsweise Pax Christi, die Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Verbände der Zivildienstleistenden und die Zivildienstseelsorge. Dieser Ausschuß existiert noch heute im Rahmen der Deutschen Kommission Justitia et Pax. Er hat dazu beigetragen, durch menschliches Kennenlernen, offene Gespräche und Vertrauensbildung den Respekt vor den Positionen der jeweils anderen zu fördern und damit für die Einheit der Kirche einzutreten. Diese Arbeit hat funktioniert, nicht zuletzt auf der Grundlage des Würzburger Synodenbeschlusses mit seinem Versuch, die verschiedenen Dienste für den Frieden einander zuzuordnen. Was damals beschlossen wurde, ist heute noch wirksam und könnte es uns ermöglichen, auch neue Konflikte um die kirchliche Friedensethik und ihre Anwendung auf gewandelte Verhältnisse auszuhalten und aufzufangen.

Der Wahn absoluter Lösungen

Thesen zur Neuorientierung der Drogenpolitik und Drogenhilfe

Die Diskussion um die „richtige“ Drogenpolitik ist durch Extreme und die massive Verdrängung gesellschaftlicher Realitäten gekennzeichnet. Bernhard Schmidobreick, Leiter des Referates Gefährdetenhilfe des Deutschen Caritasverbandes, mahnt in seinen Thesen demgegenüber zu mehr Bescheidenheit in Drogenpolitik und Drogenhilfe. Vor allem aber müsse sich bei den politisch Verantwortlichen ebenso wie in der Bevölkerung die Erkenntnis durchsetzen, daß Drogenabhängigkeit eine Krankheit sei.

1. *Die ganze Wahrheit akzeptieren:* Vor fast 30 Jahren begann mit dem Gebrauch von Haschisch, LSD und Opium-Tinktur die Renaissance der sogenannten illegalen Drogen. Damit waren nur wenige Jahre einer trügerischen „Ruhe“ in der Drogenproblematik beendet. Morphinismus war bis in die 60er Jahre unter Ärzten und Pflegepersonal weit verbreitet. Das gleiche gilt für die Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Ende der 20er Jahre schätzte man, daß jeder hun-

dertste Arzt im Deutschen Reich morphiumsüchtig war. Zudem gab es in den 20er Jahren, mindestens in den deutschen Großstädten, eine riesige Zahl von Kokain-Konsumenten und Kokain-Abhängigen, insbesondere im Milieu der sogenannten Halbwelt. Allein in Berlin, man nannte die Stadt damals auch Reichshauptstadt des Kokains, schätzte man zwischen 10 000 und 20 000 Kokser.

Dieser Rückblick macht deutlich, daß unsere heutigen Dro-